Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2 G.-M., die Einzelnummer kostet 10 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 81 — Olpe, Freitag, den 4. April 1924 — 84. Jahrg.

Frankreich und das Ruhrgebiet.

Poincaré zur Ruhrfrage in der Kammer.

Troqueur im Ruhrgebiet.

Dr. Schacht über die Sachverständigen-Verhandlungen.

Gemeindewahlen am 4. Mai.

Vernunft.

Der Wahlkampf zum Reichstag hat auf allen Fronten mit ungeheurer Lebhaftigkeit eingesetzt. Aber leider hat er bisher schon ein Bild innerer Zerrissenheit gezeigt, daß auch derjenige, welcher am schwärzesten hierin sah, seine Befürchtungen noch übertroffen sieht. Schon gegen 30 Parteien sind auf dem Plan erschienen und mit einem Fanatismus wird geschimpft und verleumdet, daß jeder, der sein Vaterland und sein Volk noch liebt, ob dieser Begriffsverwirrung und dieser Unvernunft, die sich da offenbart, schier an dem deutschen Volke verzweifeln möchte. Keine Rücksicht auf den schweren Existenzkampf des deutschen Volkes, der in diesen Tagen doch wohl kritischer denn je ist, wird genommen. Sogar die schwebenden wirtschaftlichen Beratungen von denen Leben und Tod des deutschen Volkes abhängt, werden von den deutschen politischen Parteien, soweit sie Gegner der Erfüllungspolitik sind, in demagogischer Weise in den Wahlkampf gezogen. Selbst vor persönlichen Verunglimpfungen scheuen die genannten Kreise nicht zurück, obwohl sie genau wissen sollten, daß sie mit dieser Art von Politik im In- wie im Auslande nur Schaden anrichten. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht ein Mann, der doch durch seine aufopferungsvolle selbstlose Arbeit was jeder unvoreingenommene Mann zugeben muß, dem deutschen Volke viel geleistet hat, indem er durch kluge und eifrige Arbeit dem Reichskabinett bei der Stabilisierung sehr und erfolgreich unter die Arme gegriffen hat und eine neue Inflation, den unlengbaren Ruin Deutschlands, verhindert hat, wird sogar in geschmacklosester Weise angegriffen. Und in seine schon vor den Abschluß stehenden Bemühungen, das Fundament einer neuen Währung durch die Golddiskontbank zu legen, werden durch parteipolitisches Gezänk noch Sprengminen gelegt. Wenn man dies alles sieht, dann wird einem erst recht klar wie gewissenlos und verantwortlos diese Kreise am Leben des deutschen Volkes handeln. Man möchte wünschen mit Engelszungen ihnen die Braunschweiger Worte Dr. Schachts zuzurufen: Das deutsche Volk sollte endlich einmal von seinen Gegnern lernen und aufhören, die eigene Regierung herabzusetzen. Ein Volk, das auf sich selbst hält, muß vor allem bereit sein, seine Regierung zu unterstützen. Keine Partei, die wirklich national denkt, dürfte es fertig bringen, der Regierung Vaterlandslosigkeit vorzuwerfen. Man lerne von England, das geschlossen in der Partei hinter seiner ersten Arbeiterregierung stehe. Doch wir glauben nicht, daß dies bei der leidenschaftlichen Verbohrtheit dieser Kreise Erfolg hat.

Ein Hoffnungsstrahl, daß bei allen Meinungsverschiedenheiten der Parteien das Einigende nicht vergessen wird, leuchtet aus dem besetzten Gebiet, wo man nicht vergißt, daß die Wohlen unter den Augen der Franzosen stattfinden. Aus diesem Grunde vornehmlich wird man den Besatzungstruppen kein Bild der inneren Zerrissenheit Deutschlands vorführen. In Bonn haben sich ja die meisten Parteien dahin geeinigt, den Wahlkampf durchaus sachlich zu führen. Auf der Tagung der rheinisch-westfälischen Presse in Hagen hat der Oberpräsident Gronowski gleichfalls ein Uebereinkommen nach dieser Richtung hin angeregt. Es ist zu hoffen, daß auch dieses Uebereinkommen zustandekommt, umso mehr als der Reichsminister Darres, ebenfalls ein Sohn des besetzten Gebietes auch darauf hingewiesen hat, daß wir uns um Selbstverständlichkeiten willen die Köpfe nicht entzwei schlagen. Im besetzten Gebiet hat ja der Radikalismus niemals eine Keimstätte gefunden. Gleichfalls ist mit einem Maulheldentum dort nicht viel anzufangen, wo es täglich gilt, die wahre Vaterlandsliebe durch die Tat zu beweisen. Parteien gibt es auch an Rhein und Ruhr und folglich wird es auch Parteikämpfe geben. Parteikämpfe sind an sich durchaus nichts Unehrenhaftes, wenn es sich dabei um die großen Weltanschauungsfragen und um die politischen Fragen handelt. Diese Fragen können aber in einer Weise geklärt werden, ohne daß der Standpunkt des Gegners verhöhnt und ohne daß der Gegner selbst bekämpft wird. Im Rheinland selbst wird der Wahlkampf nur von den großen politischen Parteien ausgefochten werden und wenn man im besetzten Gebiet etwas nicht verstehen kann, so ist es die Tatsache, daß sich im unbesetzten Gebiet so an die dreißig Parteien und Parteigruppen gebildet haben, von denen die allermeisten ohne Existenzberechtigung sind. Die Männer in den besetzten Gebieten sind auf ihr Verhalten nicht etwa stolz, sondern sie betrachten es als eine Selbstverständlichkeit. Der ungeheure Druck, der seit Jahren auf dem Rheinland lastet, hat die Einheit der Rheinländer nur verstärken können. In diesem Sinne war der französische Druck ein Teil von jener Kraft, die das Böse wollte, aber das Gute geschafft hat. Wenn so die Machtmittel der französischen Politik eine harte, aber doch eine politische Schule waren, so sollte man doch eigentlich hoffen, daß das unbesetzte Gebiet auch die entsprechenden Lehren daraus zieht. Die Männer von Rhein, Ruhr und Saar nehmen von allen deutschen Volksgenossen im unbesetzten Gebiet ohne weiteres an, daß alle, ohne Ausnahme, bestrebt sind, mitzuhelfen an der Befreiung der Länder, auf denen jetzt noch die Last der fremden Besatzung ruht.

Die Bewohner des besetzten Gebietes würden es nicht verstehen können, wenn im unbesetzten Gebiet gewisse Parteien sie bezichtigen wollten, daß sie nicht an ihrem Teil das Beste für die Freiheit des besetzten Gebietes zu leisten gewillt sind. Das besetzte Gebiet ist sich in seinen Grundfragen den Fragen seiner eigenen Zukunft einig und will einig bleiben. Ein Wahlkampf im unbesetzten Gebiet, der sich an diese Voraussetzung nicht hielt, würde im besetzten Gebiet nicht verstanden werden. So tönt von Rhein und Ruhr laut der Ruf des besetzten Gebiets an das unbesetzte Gebiet: Vergessen wir nicht, daß wir alle Kinder eines Volkes sind, daß wir alle das Beste für unser Volk wollen, daß wir alle unser deutsches Vaterland lieben und im Unglück nur erst recht!

So will auch der Aufruf der rheinischen Verbände verstanden sein, dessen Schlußsätze lauten: Die Leiden des Rheines rufen Euch zu, seid einig! Drängt das zurück, was Euch verbittert und vergiftet und haltet Euch vor Augen, daß auch der Wahlkampf nur dem Zwecke dienen darf, dem deutschen Volk den Weg zu öffnen, auf dem es frei zu werden vermag, mit allen seinen Gliedern. Unser ist das Land am Rhein, Mosel, Saar und Ruhr, und unser soll es bleiben!

Es ist der Ruf zur Vernunft zum vornehmen Führen des Wahlkampfes. Bei uns Zentrumsleuten hat dieser Ruf ein lebhaftes Echo gefunden. Von unserer Seite soll wie bisher, nichts geschehen, was wieder diese Vernunft ist. Wir werden ehrlich unsere Meinung sachlich vertreten, aber immer darauf Rücksicht nehmen, was die Stunde der Not unseres Volkes fordert. Die Vernunft wird bei uns stets das Ausschlaggebende bleiben. Deshalb verzichten wir darauf, alles, was unserem Vaterlande und Volke schaden könnte, wenn es auch vielleicht der Partei einige Stimmen und Mandate einbringen könnte, im Wahlkampfe zu verwerten. Denn für uns geht das Vaterland über die Partei. Und es gibt genügend Momente und Tatsachen, die man im höheren Interesse des Vaterlandes und des Volkes nicht an die große Glocke hängen soll, da sie von den Gegnern unseres Volkes in gemeiner Weise entstellt und dann gegen uns ausgebeutet werden. Außenpolitische Rücksichten müssen heute genommen werden. Wie leicht außenpolitische Glasscheiben zum Schaden des deutschen Volkes eingeworfen werden können, das zeigt ja die jüngste Rede Poincares, dem das deutsche parteiische Draufgängertum das schönste Futter zur Heranzüchtung des für Deutschland doch nur schädlichen französischen Chauvinismusfes liefert. Doch soweit braucht man nicht einmal zu gehen, sondern schon jede ausgesprochene starke Rechtstendenz wird benutzt, um die anderen Völker gegen Deutschland mobil zu machen. Der Spruch im Münchener Prozeß sowie die ganze Justizkomödie in der Infanteriekaserne kommt uns, wie wir stets betonten, wie aber jetzt die englischen Blätter auch gerade nach dem Freispruch Ludendorffs betonten, unendlich teuer zu stehen. Die Worte Poincares in der französischen Kammer zeigen dies deutlicher als lange Kommentare. Man braucht da nur an den letzten Absatz seiner an anderer Stelle mitgeteilten Kammerrede über den Mord Rathenaus, über den Freispruch Ludendorffs und über die sich häufende nationalistischen Kundgebungen Deutschlands zu erinnern. Wenn auch diese Sachen von dem geriebenen Fuchs Poincare maßlos übertrieben und verzerrt sind, so wirken sie doch für Deutschland verhängnisvoll und diejenigen Radikalen, welche den Grund hierfür gaben, haben Deutschland geschädigt, schwer geschädigt, wenn auch unbewußt.

Uns aber rufen diese Worte stärker als je zu, die Vernunft zu bewahren.

Uns aber legen sie die doppelte Verpflichtung auf, die warnende Stimme der Vernunft zu erheben, besonders jetzt, wo das besetzte Gebiet vor einer neuen Krise steht, dem Ablauf der Micumverträge am 15. April. Es ist noch keine Lösung dieser Krise vorauszusehen. Die Sanktionsdrohungen der Micumvertreter, das Drohgespenst, der neuen Arbeitslosigkeit, die Reise Troqueurs ins Ruhrgebiet reden doch eine deutliche Sprache. All dies sollte uns zur Vernunft bringen und uns zeigen, wie der Wind weht. Daß uns Hurrahpatriotismus dabei nicht helfen kann, sollten wir doch alle jetzt einsehen. Und daher den Ruf der Vernunft hören: Weg mit diesem billigen Hurrahpatriotismus, weg mit dem Nasseln der Säbel, die wir nicht haben, zu wahrer vaterländischer Tat, die nicht in Haß und Hetze besteht, sondern in sachlicher Arbeit an der Einigung unseres deutschen Volkes, in der Stärkung der Plattform der Regierung bei diesen notwendig kommenden Auseinandersetzungen mit dem Ausland und nicht in wüstester, und parteipolitischer Hetze auf die führenden Männer der Regierung, wie z. B. die deutschnationale und deutschvölkische Presse die letzten Reden des Kanzlers und Dr. Stresemanns konnte mit Stilblüten, wie „Hündische Angst", „Spekulation auf Poincare" „Freibrief an Poincare" obgleich man sich auch in diesen Kreisen im Innern vollständig darüber klar ist, daß in der Praxis eine Aenderung der bisher befolgten Außenpolitik vorläufig vollständig unmöglich ist. Und trotzdem wir in einer schnellebigen Zeit leben, dürfte doch noch nicht vergessen sein, wie im Herbst vergangenen Jahres die Deutschnationalen, als mit ihnen wegen Eintritts in die Regierung verhandelt wurde, sie 4 wichtige Zugeständnisse machten von denen eins dahin ging, daß „selbstverständlich gar keine Rede davon sein könnte, daß der Friedensvertrag von Versailles zerrissen werden solle. Auch solle hinsichtlich der allgemeinen Außenpolitik keine Aenderung eintreten, sondern die Linie der Stresemann'schen Politik fortgesetzt werden. Diese innere Unwahrheit muß verschwinden, sie ist deutschen Wesens unwürdigt. Sachlichkeit auch bei der Opposition muß eintreten. In allen Fragen gegenüber dem Ausland geschlossen dastehen. Nicht Gefühlspolitik, sondern Politik der Vernunft muß deutsche Parole sein. Die Politik dieser Vernunft aber führen nur die Parteien der Mitte. Sie hetzen nicht, sondern bei dem Volke der Denker appellieren sie an die Vernunft, auch die Vernunft bei der Abgabe ihres Stimmzettels zu fragen und dadurch Deutschland vor der Katastrophe zu retten.

Dr. W.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht über seine Besprechungen mit den Sachverständigen.

WTB Braunschweig, 3. April. (Drahtb.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht empfing am Mittwoch den Chefredakteur der Braunschweigischen Staatszeitung zu einer Unterredung über die Besprechungen, die er in der vergangenen Woche in Paris mit dem Sachverständigenkomitee gepflogen hatte. Dr. Schacht betonte zunächst, es könne nicht lebhaft genug bedauert werden, daß die schwebenden wirtschaftlichen Beratungen von den deutschen politischen Parteien, soweit sie Gegner der Erfüllungspolitik seien, in demagogischer Weise in den Wahlkampf gezogen werden. Selbst vor persönlichen Verunglimpfungen scheuten die genannten Kreise nicht zurück, obwohl sie genau wissen sollten, daß sie mit dieser Art von Politik im In- wie im Auslande nur Schaden anrichten. Das deutsche Volk sollte endlich einmal von seinen Gegnern lernen und aufhören, die eigene Regierung herabzusetzen. Ein Volk, das auf sich selbst hält muß vor allem bereit sein, seine Regierung zu unterstützen.

Keine Partei, die wirklich national denkt, dürfte es fertig bringen, der Regierung Vaterlandslosigkeit vorzuwerfen.

Man lerne von England, das geschlossen in der Partei hinter seiner ersten Arbeiterregierung stehe.

Zu den Pariser Besprechungen

äußerte sich Dr. Schacht wie folgt:

Sämtliche Besprechungen mit den Sachverständigen in Paris haben sich auf die Frage der deutschen Währungspolitik bezogen und den Ausbau der Reichsbank zur Goldnotenbank. Sie haben die ganze Frage mit der größten Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit in Angriff genommen und geprüft. Die Tendenz, die bei ihnen vorzuherrschen scheint, ist das ganze Reparationsproblem auf eine wirtschaftlich

tragbare Basis zu bringen.

Um die Frage damit von der politischen Vergiftung zu befreien. Ich habe keinerlei Kenntnis darüber, welche ziffernmäßige Vorschläge von den Sachverständigen gemacht worden sind. Ich glaube auch die Stimmung weiter französischer Kreise wiedergegeben. Von diesen Kreisen wird die Herbeiführung der Reparationsfrage aufrichtig gewünscht. Wie immer der Sachverständigenbericht ausfallen möge, eines kann ich schon jetzt sagen, daß

die deutsche Regierung ihm gegenüber eine volle Freiheit der Entschließung hat.

Es scheint mir, daß keine Annahme möglich ist, wenn sie nicht volle wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Verkehr in sich schließt, ferner volle Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität und restlose Befreiung der zu Unrecht besetzten Gebiete d. h. des gesamten Ruhrgebiets. Dr. Schacht betonte noch ausdrücklich, daß mit seiner letzten Reise seine persönliche Mitwirkung bei allen Pariser Sachverständigen-Verhandlungen abgeschlossen sei und daß er entgegen anders lautenden Pressemeldungen nicht wieder nach Paris fahren werde. Zur Frage der

Golddiskontbank

erklärte der Reichsbankpräsident, daß die Vorarbeiten soweit gediehen seien, daß die deutsche Goldnotenbank nächste Woche in Funktion treten könne. Die Aussicht auf die Aufrichtung der Markstabisierung seien die denkbar günstigsten.

Le Troqueur im Ruhrgebiet.

WTB Paris, 3. April. Havas meldet, aus Düsseldorf, Le Troqueur ist gestern in Düsseldorf eingetroffen. Er hatte sofort eine längere Unterredung mit General Degoutte und dem Präsidenten der Micumfinanzen. Der Minister begab sich alsdann in das Ruhrgebiet, um an Ort und Stelle mit den Besatzungsbehörden die bis zum April zu treffenden technischen Maßnahmen für die Sicherung der Reparationsleistungen zu prüfen, für den Fall, daß von diesem Zeitpunkt für die Ausführung dieser Reparationen nicht in freundschaftlicher Weise mit den Industriellen geregelt sind.

Französischer Ministerrat.

WTB Paris, 3. April. (Drahtb.) Der Ministerrat versammelte sich heute im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand. Poincare berichtete über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten und der Arbeitsminister über seine Reise ins Ruhrgebiet.

Eine Verteidigungsrede Poincarés.

() Paris, 2. April. In der heutigen Kammersitzung ergreift Ministerpräsident Poincare das Wort. Als er bei der Rednertribüne ankommt, gebraucht der reaktionäre Abgeordnete Lacotte ein heftiges Wort, von dem Poincare erklärt, er habe es nicht verstanden, aber wenn er es verstanden hätte, würde er es verachten. Er habe immer geglaubt, daß die Vorahren der jetzt lebenden Franzosen die Revolution gemacht hätten, um für ihre Söhne ein Regime der Ordnung und der Legalität aufzurichten. Um dieses Programm durchzuführen, sei die jetzige Regierung gebildet worden. Es sei ein Programm der Demokratie und des Fortschritts, durch das man einschlossen allen reaktionären Versuchen den Weg versperren wolle. (Infolge von Zwischenrufen kann Poincare seine Rede nicht fortsetzen. Er verwahrt sich dagegen, daß die Kammer die jetzige Debatte benutzen wolle, um Wahlreden zu halten, und fährt dann fort): Ich schulde der Kammer einige Aufklärungen über

die Bildung des Kabinetts.

Die Zeitungen haben unrichtige Dinge veröffentlicht, und in den Wandelgängen des Parlaments wurde Falsches verbreitet. Die Dinge haben sich wie folgt abgespielt: Als ich am letzten Mittwoch in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten benachrichtigt wurde, die Regierung sei in der Minderheit, war ich viel weniger erstaunt als gewisse Mitglieder dieser Kommission. Wußte ich doch, daß die Regierung mit der Kammer über gewisse Fragen des Pensionsgesetzes in Meinungsverschiedenheiten geraten war. Finanzminister de Lasteyrie war berechtigt, im Namen der Regierung die Vertrauensfrage zu stellen. Diese Anerkennung schulde ich dem Abgeordneten de Lasteyrie, denn durch die Abstimmung war die gesamte Regierung in Mitleidenschaft gezogen, und deshalb habe ich dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überreicht. Kaum hatte das Kabinett demissioniert, da wollte eine große Anzahl von Abgeordneten ihre Abstimmung berichtigen und erklärte, daß nicht ich von den Staatsgeschäften entfernt werden sollte. Das ist eine Tatsache. Viele Abgeordnete schrieben mir auch, ich sollte das Kabinett umbilden, und der Präsident der Republik hat mich mit dieser Mission betraut. Ich unterstrich, daß ich vor der Kammer eine Niederlage erlitten habe, aber man bestand darauf und gebrauchte sogar das Wort Desertion. Ich habe mich überzeugen lassen. Niemand wird mich damit beleidigen, daß er sagt, ich hätte nicht aufrichtig eine Pflicht erfüllen wollen, dadurch, daß ich von meinem Entschluß zurückgetreten bin. Finanzminister de Lasteyrie wollte trotz der Berichtigung über die Abstimmungen nicht mehr Minister bleiben. Ich mußte also das Werk der Konzentration durchführen dadurch, daß ich das Kabinett umbildete. Ich habe niemand verraten. Wenn ich mich getäuscht habe, muß die Kammer es sagen.

Poincare erläutert sodann, daß er den Kriegsminister Maginot und den Minister für öffentliche Arbeiten Le Troequer in das neue Kabinett aufgenommen habe, um das Werk fortzusetzen, das im Ruhrgebiet durchgeführt worden sei. Aber der

Ministerpräsident sei derselbe geblieben.

Es werde nichts geändert, weder an der Innenpolitik noch an der Außenpolitik. Alle Minister hätten spontan erklärt, daß sie das Gesetz als Gesetz betrachten und daß sie die Durchführung der Gesetze weder behindern noch einschränken wollen. Er verlangt von der Kammer, daß sie sich mit diesen Personenfragen nicht weiter beschäftige und die Regierung nach ihren Absichten und Handlungen beurteile. Es handele sich darum, was die Minister tun wollten und was sie tun könnten. Die Regierungserklärung, die

der Kammer bekannt sei, nenne die Regierung eine Regierung der republikanischen Union und der nationalen Eintracht, gebildet, um den religiösen Frieden aufrecht zu erhalten, um sozialen Unruhen vorzubeugen und das Werk des letzten Kabinetts fortzusetzen.

Ein Zwischenfall.

Poincare erklärt inbezug auf die innere Politik, daß die Regierung die Gesetze über den weltlichen Charakter der Volksschule achten werde. Von der Ermächtigung des Notgesetzes werde sie nur Gebrauch machen, um wirkliche Ersparnisse zu erzielen. Ein Zwischenruf Buissons gibt Poincare Anlaß, zu versichern, daß die Regierung nicht an Verfolgung politischer Gegner denke; gegen den Kommunisten Cachin und seine Genossen sei nur vorgegangen worden wegen ihrer **antimilitaristischen Propaganda in der Rheinarmee.** Der Kommunist Berthon bemerkt, daß die Anklage auf Polizeiberichten beruhe, die Fälschungen seien. Der Kriegsminister ruft den Abg. Berthon zu: „Sie sind der Anwalt der Boches!" Dieses Wort führt zu stürmischen Hin- und Herrufen zwischen der Linken und Rechten, sodaß schließlich der Präsident die Sitzung suspendierte.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlung um einhalb 7 Uhr abends gelangt Poincare erst nach einer neuen stürmischen Zwiesprache des Kriegsministers mit den Kommunisten zum Wort. Er geht auf die gestrigen Angriffe des Abg. Forgeot ein. Auf dessen Frage, „für welchen Block sich der Ministerpräsident entscheide: den Block der Linken, den Block der Mitte oder den Nationalen Block", antwortet der Ministerpräsident, daß er seine treue Majorität nicht zu verlassen gedenke."

Die Ruhrbesetzung.

Poincare erklärt:

Die Regierung bleibe den Erklärungen von Brüssel treu. Das **Ruhrgebiet solle nur nach Maßgabe der Zahlungen und nach vollkommener Zahlung geräumt werden.** Das Ruhrpfand könne in ausgedehnter Pfänder ausgehen, ohne daß Frankreich deshalb einen Grund habe, sich vor der endgültigen Regelung aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen. Auf Verlangen der Deputierten der Linken präzesiert Poincare seine Haltung dahin, nur gezwungen durch Deutschland sei Frankreich zum Zwange geschritten; es sei aber bereit, die Möglichkeit der Schaffung **produktiver Pfänder** zu prüfen und es werde diese Frage loyal prüfen. Aber wenn Deutschland nachdem es neue Versprechen gegeben habe, sich diesen wieder entziehen sollte, würde es im Interesse aller Alliierten liegen, daß **die Franzosen, die an Ort und Stelle bleiben,** in die Lage versetzt werden, den Druck wieder zu verstärken. Es sei wohl möglich, das französisch-belgische Pfand in allgemeinere Pfänder aufgehen zu lassen, ohne daß man das Ruhrgebiet verlasse.

Wir werden das Ruhrgebiet nicht aufgeben, ehe wir vollkommen bezahlt sind.

Wir werden also alle unsere Druckmittel in der Hand behalten und unser Verfahren nur gegen ein besseres Verfahren austauschen. Schließlich behauptete Poincare, daß die **Frankenkrise** nicht durch die Besetzung des Ruhrgebietes, sondern durch die **ausländische Spekulation** hervorgerufen worden sei, und durch die Vorschüsse, die man wegen des Versagens Deutschlands für den Wiederaufbau habe machen müssen. Die Ruhrbesetzung habe nichts mit der Frankenbaisse zu tun. Die Lage sei aber jetzt besser geworden, weil Frankreich im Ruhrgebiet stehe. Er bedauere, daß Belgien und Frankreich gezwungen gewesen seien, in das Ruhrgebiet zu gehen, weil Deutschland geglaubt hatte, es könne sich in eine Lage bringen, die es seinen Gläubigern unmöglich mache, es zum Zahlen zu bringen. Alle Voraussagungen über

das Ergebnis der Ausbeutung der Pfänder

seien heute weit übertroffen worden. Die Zolleinnahmen seien fortgesetzt im Steigen begriffen. Vom 11. Januar 1923 bis 31. Dezember 1923 hätten sie 180 Millionen betragen, sich jedoch im Februar 1924 allein auf 138 Millionen belaufen. Wenn man die Ausgaben mit den Einnahmen vergleicht, so stelle man fest, daß für das Jahr 1923 die Einnahmen 1.643 700.000 Francs betrugen, denen Ausgaben in Höhe von 986.5 Millionen Francs einschließlich der Kosten der französisch-belgischen Besetzung gegenüberständen. Im Jahre 1923 allein sei also ein Ueberschuß an Einnahmen von 657.2 Millionen Francs erzielt worden. Alle diese Ziffern ergeben sich aus einem Bericht für die Kammer. Die Eisenbahnregie beute jetzt 268 000 Kilometer aus. Man könne also, wie er bereits hier schon einmal gesagt habe, auf eine Gesamteinnahme von 4 Milliarden im Jahre bei einer Gesamtausgabe von einer Milliarde rechnen, also einen Ueberschuß von 3 Milliarden für Reparationskonto erwarten.

Auf eine Anfrage des Abg. Varenne, welches der Anteil Frankreichs sei, antwortet Poincare: Ich weiß, daß die belgische Priorität respektiert werden muß, aber ich will ein Telegramm vorlesen, das ich heute vormittag von General Degoutte erhalten habe. Darin heißt es, daß 2 104 000 Tonnen Brennmaterial für Reparationskonto ausgeführt worden sind. Das ist mehr, als das Programm der Micum und fast das Doppelte als das Programm der Reparationskommission.

Der Abg. Dubois ruft: Und Deutschland behauptet, nicht liefern zu können.

Poincare fährt fort: Es ist ein großes moralisches Ergebnis, bewiesen zu haben, daß Deutschland leicht liefern konnte, daß es sich aber geweigert hat. Nachdem Deutschland versucht habe, Frankreich auf den Weg der Revision der Friedensverträge zu führen und die Reparationskommission zu Gunsten der interalliierten Unterhandlungen beiseite zu schieben, hätten sich

die Alliierten vollkommen der französischen These angeschlossen.

Die Berichte der Sachverständigen würden die Aufgabe der Reparationskommission erleichtern. Frankreich habe an Ort und Stelle mit den Alliierten in loyaler Weise für die Ausbeutung der Pfänder gearbeitet. Ramsay Macdonald, dessen Loyalität und freundlichen Absichten er Anerkennung gezollt habe mit Recht erklärt, daß nach Regelung der Reparationsfrage es leichter sei, das

Sicherheitsproblem

zu lösen. Aber die Alliierten müßten auch gemeinsam über die Ausführung der Pläne wachen, die man festgelegt habe. Wenn man Deutschland sich selbst überlasse, dann könne es sie nicht annehmen und wenn es sie annehme, könne es wieder sein Wort nicht halten. Für die Zukunft sei also wichtig, daß man sich nicht mit neuen Papierchen und neuen Versprechungen begnüge. Eine **wirkungsvolle Kontrolle und außerordentliche Garantien,** wie sie die Reparationskommission verlangt habe, müßten aufrecht erhalten werden. Es sei nötig, daß, wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehe, alle Alliierten sich über die Durchführung der notwendigen Sanktionen verständigen müssen. Sonst wäre alles illusorisch, wie vor der Besetzung des Ruhrgebietes. Man würde Frankreich zwingen, die erforderlichen Zwangsmaßnahmen zu treffen. Französischerseits habe man nie nach der zeitlich unbegrenzten Besetzung des Ruhrgebietes getrachtet. Der Ministerpräsident ging dann zur Frage des

Garantiepaktes

über. Er lehnt jede Verantwortung für

das Wiedererwachen des Nationalismus in Deutschland

ab. Worte, die der Abgeordnete Forgeot gestern gesprochen habe, könnten in Deutschland in gefährlicher Weise ausgebeutet werden. (Der Abg. Forgeot rust dazwischen: „Ich habe das nicht gesagt!" Poincare erwidert: „Um so besser, wenn ich mich getäuscht habe. Er fährt in seiner Rede fort, indem er an die loyale Haltung Frankreichs gegenüber der deutschen Regierung, namentlich gegenüber **Rathenau** erinnert. Aber dieser Mann sei unter dem Beifall Deutschlands ermordet worden. Man habe auch angekündigt, Stresemann sei ein Mann guten Willens, und gestern habe er das Lob **Ludendorffs, des nationalistischen und aufrührerischen,** unter dem Beifall der Menge freigesprochenen Generals gesungen. Wir haben nichts zurückzunehmen und keine Abbitte zu leisten.

Poincare bespricht dann die sich häufenden **nationalistischen Kundgebungen in Deutschland,** namentlich die Kundgebungen, die jetzt erfolgt sind, um von vornherein gegen die Entscheidung der Sachverständigen zu protestieren. Die deutschen Richter, die mit einem außerordentlichen Zynismus **die Unschuld des kaiserlichen Generals** verkündeten, hätten nicht beachtet, daß sie damit alle Länder beschimpften die an Seite Frankreichs das von der deutschen Hegemonie bedrohte Recht verteidigt haben. Poincare hebt hervor, daß die **deutschen Minister soweit gegangen seien, offen auszusprechen, daß sie die kaiserlichen Farben den Farben der Republik vorzögen, und damit volle Klarheit über ihre Auffassung schafften.** Die Alliierten Frankreichs hätten seine Ansichten nicht immer geteilt, weil sie nicht die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands seien. Aber sämtliche Alliierten Frankreichs verständen die Sprache der Tatsachen. Es liege völlig auf der Hand, daß Frankreich eine entschieden friedliche Nation sei und daß es kein anderes Ziel erstrebe als die Erfüllung der Friedensverträge. Es liege völlig auf der Hand, daß

Deutschland sich mit allen Mitteln bemühe, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Wenn die Beschlüsse der Repco auf Grund des Berichtes der Sachverständigen durchgeführt werden sollen so müsse der **einige Wille** sämtlicher Alliierten ständig in die Erscheinung treten.

Hierauf wird die Fortsetzung der Debatte auf morgen Donnerstag, nachmittag vertagt.

Die Verhandlung der deutschen Antwortnote über die Militärkontrolle.

WTB **Paris,** 3. April. (Drahtb.) Nach dem Petit Parisien wird die neue deutsche Note in der Frage der Militärkontrolle heute in einer **vertraulichen Sitzung des Sekretariats der Botschafterkonferenz und am Samstag in der Botschafterkonferenz** selbst zur Sprache kommen. Da die Frage dieses Mal eine rein politische ist wird sie das **interalliierte Militärkomitee in Versailles nicht in Anspruch nehmen.**

Die französische Presse zu der Note.

Der Petit Parisien bemerkt zu der Note, die ganze Welt hat gestern vormittag erfahren daß Stresemann vorgeschlagen hat, Rüstungen in Deutschland dem Völkerbund zu überweisen, dagegen habe sie nicht erfahren, daß diese Untersuchung gewissermaßen abhängig gemacht würde von der Durchführung eines allgemeinen Rüstungsplanes der Welt. Alles ist überzeugt, daß die Alliierten und besonders Frankreich von dem lebhaftesten Wunsche beseelt sind, den Völkerbund wachsen und gedeihen zu sehen und daß Deutschland bereit sei, den Völkerbund in der Frage der Militärkontrolle in Anspruch zu nehmen, wenn diese Inanspruchnahme bereits jetzt möglich sei. Die Fragen dürften nicht durcheinander geworfen werden. Die technischen und juristischen Fragen seien eins, aber die politische Frage sei etwas ganz anderes.

Wie soll ich meine Wahlentscheidung treffen?

Goethe hat nie eine Wahlrede gehalten, aber einen Spruch von ihm kann sich der deutsche Staatsbürger, um den diesmal die Rekordzahl von 26 Parteien wirbt, vor der Wahlurne ins Gedächtnis zurückrufen:

„Wer recht wirken will, muß nie schelten,
sich um das Verkehrte garnicht kümmern,
sondern nur immer das Gute tun."

Wir wählen also die christlich-nationale Mittel- und Ordnungspartei,

das Zentrum!

Der Geburtenüberschuß in Frankreich steigt.

WTB **Paris,** 4. April. (Drahtb.) Nach der offiziellen Statistik betrug die Zahl der Geburten in Frankreich im Jahre 1923: 761 861, die Zahl der Todesfälle 666 919. Es ist also ein **Ueberschuß der Geburten von 94 871** gegen 70 579 im Jahre 1922 zu verzeichnen.

Der Schluß der französischen Kammer vertagt.

)(**Paris,** 4. April. (Drahtb.) Nach dem Echo de Paris ist es wahrscheinlich, daß das Parlament nicht wie bereits angenommen am 5. 5 sondern erst am 10. 5. auseinander geht

Hochwasserkatastrophe in der Ostschechoslowakei.

)(**Karlsbad,** 4. April. (Drahtb.) In den letzten Tagen wurden in der Ostschechoslowakei etwa **60 000 Morgen durch Hochwasser überschwemmt.** Der dadurch entstandene Schaden läßt sich in vollem Umfange noch nicht abschätzen. Der Gebäudeschaden wird auf 8 Millionen tschechische Kronen geschätzt. Im ganzen sind 12 Dörfer in Mitleidenschaft gezogen.

Eine amerikanische Anleihe für die Schweiz.

WTB **Bern,** 2. April. Der Bundesrat schloß mit den Firmen Morgan u. Co. und der National City-Bank ein Abkommen über eine schweizerische Anleihe in Amerika in Höhe von 30 Millionen Dollars auf 20 Jahre zu einem Zinsfuß von 5,5 Prozent.

Ribot über die Friedensmöglichkeiten 1917.

Paris, 3. April. In den nächsten Tagen erscheint in Paris ein Buch Alexander Ribots, der bekanntlich 1917 Ministerpräsident und dann Außenminister im Kabinett Painleve war. Das Buch dürfte, da es zum Teil neue Angaben über die unerforschte Tätigkeit hervorragender Politiker während der kritischen Periode im Jahre 1917 enthält, in den hiesigen Kreisen ein starkes Echo auslösen. Es enthält namentlich ziemlich unverblümte Anschuldigungen gegen Bria.

Der Eclair veröffentlicht heute früh Auszüge aus einem Kapitel, das die Aufschrift trägt: War der Frieden 1917 möglich? Aus diesem Kapitel geht deutlich hervor, daß Briand im Einverständnis mit dem belgischen Ministerpräsidenten und Außenminister Baron-Broqueville große Anstrengungen machte, um einen Frieden mit Deutschland herbeizuführen, von Ribot, der Leon Bourgeois, Barthou und den Präsidenten der Republik ins Geheimnis gezogen hatte, aber daran gehindert wurde. Briand war „um seinen Plan zu verwirklichen, mit dem früheren deutschen Gesandtschaftsattachee Baron v. **Lancken** in indirekte Beziehungen getreten. Eine Zusammenkunft mit v. Lancken, die in der Schweiz in Aussicht genommen war, wurde von Ribot im letzten Augenblick hintertrieben. Briand schien sich der Idee befreundet zu haben, daß Elsaß-Lothringen bei Deutschland verbleibe, unter der Bedingung jedoch, daß Metz und Straßburg geschleift würden. Diese Auffassung vertrat vor allem Baron **Coppee,** ein naher Freund Briand, der außerdem als Mittelsmann zwischen ihm und v. Lancken auftrat. Als Unterhändler fungierte scheinbar auch der wohlbekannte belgische Finanzmann **Francqui,** der sich mit Erlaubnis der deutschen Besatzung Belgiens 1917 des öfteren aus Belgien nach Le Havre begeben konnte. In einem Privatgespräch sagte er Ribot, v. Lancken habe ihm erklärt, die deutsche Regierung verschließe sich nicht länger der Erkenntnis, daß ein militärischer Sieg unmöglich sei und sie es sich daher zum Ziel setze, in den feindlichen Ländern die revolutionäre Stimmung zu erzeugen. v. Lancken habe hinzugefügt: „500 Lenins kommen uns billiger als eine Schlacht."

Der Eclair gibt zum Schlusse der Erwartung Ausdruck, daß Barthou, Baron Broqueville und Poincare sich zu den Veröffentlichungen Ribots äußern werden.

Aus dem englischen Unterhaus.

WTB **London,** 3. April. (Drahtb.) Im Laufe der Unterhausberatungen über einen konservativen Antrag in dem erklärt wird, die

Erhebung der Kapitalabgabe

würde verhängnisvoll in der Frage der Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen sein, sagte Klines, die Regierung könne keine Kapitalsabgabe vorschlagen, bevor sie nicht die große Mehrheit des Landes hinter sich habe. **Der Antrag wird darauf mit 225 Stimmen gegen 160 angenommen.**

Das Unterhaus **lehnt** mit 207 gegen 136 Stimmen **einen Antrag mehrerer Arbeitermitglieder ab, die To-**

Pieskes neuer Chauffeur.

Roman von Friede Birkner.

Amerik. Copyreight 1923 bey Karl Köhler u. Co., Berlin W. 15.

13) (Nachdruck verboten.)

Aha, der Magnet! dachte Robby bei sich und sah sie bewundernd an. „Hm, da würde ich auch Chauffeur bleiben, um in der Nähe dieses schönen Wesens zu sein." Laut fügte er hinzu, indem er sich verneigte:

„Oh, Miß Hermsdorf, please mew her Sie die englische Sprache gelernt haben? Ihre Briefe sind sehr gut übersetzt. Firstrate, Miß."

Auf den ersten Blick war Astrid der junge Mann sympathisch, und sie sah ihn lächelnd an. „Ich hab' es von meiner Mutter gelernt. Es freut mich, daß meine Uebersetzungen gut waren."

Anna Pieske hatte den wenigen englischen Worten Robbys ganz sprachlos zugehört. Jetzt fuhr sie Astrid an.

„Warum antworten Sie denn Herrn Wehler nicht auf englisch? Sie können es doch — und Sie bekommen es ja schließlich auch reichlich genug bezahlt bei uns."

Astrid erglühte wie eine Rose, und Robby sah den gequälten Ausdruck in ihren schönen Augen.

„Das gnädige Fräulein hat ganz recht, daß sie mir deutsch antwortet. In Deutschland soll man deutsch sprechen; Sie, gnädige Frau, bedienen sich ja doch sicher auch meist der Muttersprache, trotzdem Sie, wie ich sicher annehme, perfekt englisch und französisch sprechen."

Robby erstickte nicht an dieser offensichtlichen Lüge, er konstatierte nur befriedigt, daß Anna Pieske ein Gesicht machte, als schlucke sie Schlagfahne, so selig machte sie die Annahme, daß ihr ein Mensch das zutraute. Am liebsten hätte sie Robby die Hand gedrückt, doch sie beherrschte sich.

„Sie machen uns also dann am Mittwoch das Vergnügen?"

„Sehr gern, gnädige Frau, um welche Zeit darf ich mich einfinden?"

„Punkt acht Uhr wird gespeist."

„Und Frack, junger Mann. Es geht ganz nobel her."

„Ehrensache, Herr Pieske. Wenn der Bräutigam ein Baron ist, weiß man doch, was man der Braut schuldig ist."

Mit einem kleinen Blick streifte er Astrid und konstatierte, daß sie Mühe hatte, ernst zu bleiben

8.

Pieskes neuer Chauffeur hatte Ausgang. Nachmittags von ein Uhr an.

Minna, die Dame im gefährlichen Alter, und Lisette, hatten ihn vom Küchenfenster aus fortgehen sehen und konstatierten nun, daß er in Zivil wie ein Graf aussehe.

„Ein bildhübscher Mensch ist er," sagte Lisette und preßte die Hände auf das wildpochende Herz.

Minna schielte vor Wut. „Ick möchte doch wissen, wat Sie die Schönheit von Herrn Sörensen angeht?"

„Ebensoviel wie Ihnen."

„So — und erst haben Sie egalweg mit Jean poussiert."

„Nu gefällt mir ebent der Chauffeur besser," sagte Lisette schnippisch.

„Ha, als wenn der Ihnen beachten täte, Sie ollet ausjetrocknetes Radieschen."

„Sie — Sie! Sie, werden Sie nicht frech, Sie übergegangener Hefenkloß!"

„Huch! — Nu aber raus aus meiner Küche."

„Wenn et mir beliebt, verstanden? Bliben Sie sich vielleicht ein, det der Chauffeur ein Auge auf Ihnen geschmissen hat? Det würde ja ein Fettauge" sagte Lisette und verließ eiligst die Küche, da Minna schon einen Tiegel drohend gezückt hatte.

Und er, der all das herrliche vollendet, er nahm nicht teil am allgemeinen Glück, sondern eilte mit der Straßenbahn nach Robby Wehlers Wohnung, die am Bayerischen Platz war.

Robby hatte ihm geschrieben, daß er seinen ersten freien Tag bei ihm verbringen solle. Die Junggesellenwohnung der beiden Herren Wehler war ein Dorado an Gemütlichkeit und Bequemlichkeit. Jeder hatte drei Zimmer für sich, und das siebente war das Speisezimmer, wo sie gemeinsam ihre Mahlzeiten einnahmen. Herr im Hause war die alte Wirtschafterin, die ein strenges, aber gottgefälliges Regiment führte.

Herzlich hieß Robby den Freund in seinem Bau willkommen.

„So, alter Junge, nun mach' es dir bequem! Wie lange bist du Herr Sörensen?"

„Vor morgen früh hat der Pächter meiner Schönheit und Talente kein Anrecht auf mich."

„Dann ist es bestimmt in Gottes Rat, daß man mit dem liebsten Freunde, den man hat, zu Abend speist — zu Abend speist." sang Robby mehr falsch als schön.

„Caruso würde erblichen sein, hätte er dich gehört."

„Mein ganzer Reichtum ist mein Lied! — Und nun eine anständige Zigarre, dünkt mich."

„Danke, ich habe selbst."

„Knallprotz."

Gemütlich steckte Hans sich eine Zigarette an und paffte den Rauch Robby entgegen, der mit höchst kritischer Miene nach dem Aroma schnupperte.

„Du — sag' mal, was rauchst du denn da? Das ist wohl Marke Grunewald?"

„Die hab' ich mir von der Mark Trinkgeld gekauft, die du mir neulich so hochnobel überreicht hast," sagte Hans und grinste ihn fanatisch lachend an.

„Bist du von allen Göttern verlassen? Das ist ja schon mehr Marke Handgranate. Anzünden — und wegschmeißen." schrie Robby auf, nahm Hans die Zigarette aus dem Mund und warf sie zum Fenster hinaus. „So — und nun rauche gefälligst ein anständiges Kraut, mein lieber Schwager."

„Schwager?"

„Hm, in spe!"

„Wieso?"

„Soso."

„Red' doch endlich."

„Gott, Hans, erhitze dich doch nicht unnötig. Ich heirate eben deine Schwester."

„Warum?"

„Geistreiche Frage! Um dein Schwager zu werden."

„Ob du wohl ein vernünftiges Wort reden kannst! Los — erzähle!"

„Ist schnell geschehen. Ich war in Wiesbaden bei deiner alten Mutter, sah Hennp, öfter verliebte mich in sie, fühlte sie, bekam keine Aufuhr und werde sie bei passender Gelegenheit heiraten. Begriffen?"

Hans war aufgesprungen und faßte Robbys Hand, sie herzlich drückend.

„Das freut mich, Junge, das freut mich ganz mächtig."

„Also, du gibst deinen Segen?"

„Aus ganzem Herzen! Ich kann mir für Hennp keinen besseren Menschen denken."

„Schön, dann könnten wir ja nun befriedigt zur Tagesordnung übergehen und das Thema: Pieskes Chauffeur von allen Seiten beleuchten."

„Da gibt's nichts zu beleuchten, Robby! Bis sich mir nicht eine andere auskömmliche Existenz bietet, bleibe ich in in meiner Stellung. Du weißt selbst, daß jetzt in Deutschland Geistesarbeit miserabel bezahlt wird. Die Faust regiert hier über dem Kopf — und da tut man am besten, wenn man auch seine Fäuste gebraucht."

„Aber wie willst du denn in dieser Position als Chauffeur eine andere Existenz finden?"

„Das weiß ich auch nicht — ich kann es aber nicht ändern."

„Du sag' mal, Schwager ist doch bald so gut wie Bruder — na, und Brüder müssen sich doch gegenseitig helfen. Wenn ich nun mal irgendwo etwas höre, das für dich in Betracht käme, soll ich da für dich arbeiten?"

Hans zögerte einen Moment mit der Antwort und sagte dann stockend:

„Das schon, Robby, aber ich möchte um alles in der Welt nicht, daß du nach etwas Passendem für mich suchst oder mich irgendwo anbietest. Das will ich nicht!

(Fortsetzung folgt.)

desstrafe für militärische Vergehen abzuschaffen. Ferner wurde mit 193 gegen 120 Stimmen der Antrag **abgelehnt, wonach dem Verurteilten das Recht erteilt werden soll, bei einem Zivilgerichtshof Berufung einzulegen. Endlich lehnt das Unterhaus mit 236 gegen 67 Stimmen einen Antrag ab, Soldaten von der Pflicht zu befreien, den Zivilbehörden bei Streiks beizustehen.** Während der Erörterung über die Disziplin im Heere erklärt der **Reichsminister Walsh**, die Regierung habe schlossen, die Frage der Abschaffung der Todesstrafe an die leitenden Stellen des Heeres, der Flotte und der Luftmacht zu verweisen. **Arbeitsminister Shaw** teilt mit, daß die Vorlage betr. den **Achtstundentag binnen kurzem beraten** würde. Lord Parmour erklärte zu den Fragen **Völkerbund und Ruhe in Europa** es sei

unmöglich, in angemessener Weise die großen Fragen zu regeln, bevor Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei.

Lord Robert Cecil erklärt, die Nachteile der **Saarregierung seien zweifellos, da sie zu sehr nach einer französischen Regierung aussehe. Je eher die französische Besatzung zurückgezogen, oder vermindert werde, um so besser sei es.**

Aus der Wahlbewegung.

Die Rede Dr. Stresemanns auf dem Parteitag in Hannover.

hat manches Aufsehen erregt. Das „Acht-Uhr-Abendblatt" hatte dem Parteivorsitzenden in seinem Bericht über den Parteitag Aeußerungen über das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zur Sozialdemokratie in den Mund gelegt, die von dem Berliner offiziellen Organ der Deutschen Volkspartei „Die Zeit" energisch in Abrede gestellt werden. Nach dem „Acht-Uhr-Abendblatt" soll Dr. Stresemann auf der Tagung des Zentralvorstandes in Hannover unter anderem gesagt haben; eine Veränderung der gegenwärtigen Haltung der Deutschen Volkspartei zur Sozialdemokratie insbesondere eine Sprengung der Koalition in Preußen sei für ihn als Außenminister vollkommen untragbar. Angesichts der politischen Linksstellung in England und und der Verstärkung der Linken, die man auch in Frankreich erwarten kann, sei ein schroffes Vorgehen seiner Partei gegen jegliches Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie aus politischen und taktischen Gründen vollkommen undenkbar. Dadurch, daß „Die Zeit" diese angeblichen Aeußerungen als „famt und sonders erfunden", unterstreicht sie nur die Bedeutung der großen Rede Stresemanns in Hannover, die man immerhin als eine offenkundige Rechtsschwenkung bezeichnen kann.

Eigene Zentrumskandidaten in Bayern.

WTB Berlin, 3. April. (Drahtb.) Nachdem der auf ein Einvernehmen mit der Bayrischen Volkspartei für die Reichstagswahlen hinzielende Vorschlag in der Bayrischen Volksparteikorrespondenz abgelehnt worden ist, hat die Reichsparteileitung der deutschen Zentrumspartei heute beschlossen, in allen 4 bayrischen Reichstagswahlkreisen eigene Zentrumskandidaten aufzustellen.

Um den Termin der Gemeindewahlen

V. D. Z. Berlin, 3. April. (Drahtb.) Auf der heutigen Tagesordnung des Preußischen Landtages steht die 1. und 2. Beratung des Urantrages des Zentrums und der deutschen Volkspartei, die Gemeindewahlen anstatt am 4. 5., dem Tage der Reichstagswahlen am 1. Juni stattfinden zu lassen.

Abg. **Dr. von Gampe** (DVP.) begründet den Antrag mit der Erklärung, die letzten Wahlen haben gezeigt, daß die Zusammenlegung verschiedener Wahlen zu großen Unzuträglichkeiten führt. Das ist der einzige Grund, der uns zu unserem Antrag bestimmt hat. Ich hoffe, er wird auch von der Linken angenommen. (Rufe: Wahlschieber.)

Abg. **Lüdicke** (DN.) Wir stimmen dem Antrag zu. Wir beantragen aber, daß an dem Tage der Gemeindewahlen auch in Berlin die Neuwahlen vorzunehmen sind.

Abg. **Hirsch** (Soz.) tritt dem entgegen und begrüßt den von der Sozialdemokratie eingebrachten Abänderungsantrag, wonach u. a. die Bedingung des 6monatigen Aufenthalts für die Wahlberechtigung in Fortfall kommen soll.

Abg. **Herold** (Zentr.) lehnt diese materielle Aenderung ab. Es handele sich hier lediglich um den Wahltermin, der aus dem angegebenen Grund verschoben werden muß.

Abg. **Koch**-Berlin (DN.). Am 4. 5. wird sich ja ergeben, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie abschwenkt und dieser Teil wird sich nach rechts wenden. Warum wird denn der Sozialdemokratie so Angst vor den Neuwahlen?

Abg. **Hirsch** (Soz.). setzt sich unter anhauernbem Lärm auf der Linken mit dem Abg. Koch auseinander, der sich offenbar mit Rücksicht auf die deutschvölkische Radaupropaganda, die dem Deutschnationalen sehr gefährlich werde, sehr rabiat gebärde.

Damit schließt die erste Beratung.

In der 2. Beratung wird der sozialdemokratische Antrag, die Vorlage dem Gemeindeausschuß zu überweisen, abgelehnt.

Hierauf beantragt die Sozialdemokratie namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf.

Bei der Abstimmung stellt sich bei 173 Anwesen den die **Beschlußunfähigkeit des Hauses** heraus. Präsident Leinert beraumt die nächste Sitzung auf den 24. 4., nachmittags 3 Uhr an.

* Bei dieser Sachlage ist damit zu rechnen, daß die Gemeindewahlen am 4. Mai, dem Termin der Reichstagswahlen stattfinden.

Der Schutz der Wahlversammlungen.

WTB Berlin, 2. April. Dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge hat der Minister des Innern an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeiverwaltungen eine Verfügung gerichtet, die sich mit dem Schutz der Wahlversammlungen beschäftigt. In der Verfügung wird darauf hingewiesen, daß der Wahlkampf nicht mit terroristischen Mitteln geführt werden darf. Störungsversuche müßten nötigenfalls durch die Polizei unterdrückt werden. Ein bewaffneter Saalschutz ist durch Erlaß vom 22. März 1923 verboten. Dieses Verbot richtet sich aber nicht gegen die Verwendung von unbewaffneten Ordnern.

Kirchliches.

Erkrankung des Bischofs von Limburg.

Bischof Augustinus Kilian ist an Lungenentzündung schwer erkrankt. In den letzten Stunden ist eine Besserung eingetreten. Die Erkrankung hat sich der Bischof wahrscheinlich auf einer Firmreise zugezogen.

Zum Priesterjubiläum Pacellis.

WTB München, 3. April. (Drahtb.) Anläßlich des 25jährigen Priesterjubiläums des päpstlichen Nunzius Pacelli überbrachte der Gesandte v. Haniel die Glückwünsche der Reichsregierung. Der Reichskanzler und Dr. Stresemann gratulierten außerdem telegraphisch.

Soziales.

Die amtliche Fürsorge.

WTB Berlin, 2. April. Durch den Wohlfahrtsminister sind, wie der amtliche preußische Pressedienst meldet, die bisher mit der öffentlichen Fürsorge betrauten Stellen angewiesen worden, die Fürsorgeleistungen weiter zu gewähren. Die Regierungspräsidenten und die Hauptfürsorgestellen sind mit ausreichenden Mitteln versehen, um etwaig auftauchenden finanziellen Schwierigkeiten zu begegnen.

Das Bergarbeiterabkommen gekündigt.

Berlin, 2. April. Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Essen haben die Bergarbeiterverbände das Berliner allgemeine Abkommen über die Mehrarbeit im Ruhrbergbau und das Abkommen über die Arbeitszeit über Tage, sowie die auf Grund des Schiedsspruchs sich ergebenden Vereinbarungen über die durchgehende Arbeitszeit mit Wirkung vom 30. April gekündigt.

Seeleutestreik in Hamburg.

WTB Hamburg, 3. April. Die im Schiffahrtbund vereinigten linksradikalen Seeleute haben heute früh nachdem der größte Teil, der Schiffe von gestern von ihnen verlassen worden war, die Arbeit niedergelegt. Als Grund für den Streik wird die Verweigerung gewisser Vergünstigungen für den Manteltarif und die Bekämpfung des Dreiwochensystems durch die Reeder angegeben.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Breslau hat der in Ostoberschlesien proklamierte Generalstreik einen großen Umfang angenommen. In Myslowitz streiken 90 Prozent, im Rybniker Bezirk 100 Prozent der Belegschaften. In Königshütte und Laurahütte wird noch gearbeitet. Die Arbeit soll aber heute noch niedergelegt werden. In Kattowitz ist die Nachricht eingetroffen, daß sich auch die Dombrowaer und Krakauer Reviere dem Generalstreik anschließen werden. Ebenso will sich die Arbeiterschaft der Naphtaindustrie am Streik beteiligen.

Der Eisenbahnerstreik im Abflauen.

WTB Heidelberg, 3. April. Der Teilstreik der Eisenbahner ist im Abflauen begriffen.

Deutschland

Abgesagte Besprechungen mit der Micum.

Köln, 2. April. Die auf gestern nachmittag anberaumten Besprechungen zwischen der Micum und dem 60er-Ausschuß der Bergwerke wurden in letzter Stunde abgesagt und bis auf weiteres vertagt. Wie die Kölnische Zeitung meldet, wird am 8. oder 9. April eine neue Sitzung stattfinden.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen Volkspartei und Nationalliberaler Vereinigung.

WTB Berlin, 4. April. (Drahtb.) Die auf dem Parteitag der deutschen Volkspartei in Hannover in Aussicht genommene Rücksprache der Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung sind zunächst innerhalb der Vereinigung eine Erklärung über die Stellungnahme zu der vom Zentralvorstand der Partei angebahnten Einigung herbeiführen soll, hat, wie der Berliner Lokalanzeiger mitteilt, gestern stattgefunden. Heute sollen die Besprechungen zwischen den Vertretern der Vereinigung und dem Parteivorstand der deutschen Volkspartei geführt werden.

Der neue Elberfelder Eisenbahndirektionspräsident.

WTB Berlin, 1. April. An die Stelle des in den Ruhestand versetzten Reichsbahndirektionspräsidenten Denicke ist der bisher im Reichsverkehrsministerium beschäftigte Ministerialrat Geh. Baurat Clemens Marx an die Spitze der Reichsbahndirektion Elberfeld getreten.

Die Arbeiten der Sachverständigen.

WTB Paris, 2. April. Der Redaktionsausschuß des Komitees Dawes setzte heute nachmittag seine Verhandlungen fort. Heute vormittag hat auch das Komitee Mac Kenna seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Akt der Uebergabe des Sachverständigenberichts an die Reparationskommission soll nach dem Intransigeant einen feierlichen Charakter tragen. Sämtliche Mitglieder der Reparationskommission und sämtliche Sachverständigen werden der Uebergabe beiwohnen. General Dawes wird bei der Uebergabe sein Begleitschreiben verlesen. Barthou wird in einer Ansprache erwidern.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Stegerwald.

Der bekannte Politiker, der Führer der christlichen Arbeiterbewegung, der stets im Mittelpunkte des politischen Lebens gestanden hat, spricht heute Abend im hiesigen Vereinshause. Jeder, der politisch interessiert ist, darf sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen. Die von gewissen Kreisen gestern ausgegebene Parole, den Stegerwaldvortrag nicht zu besuchen, erscheint uns sehr töricht und feige. Diese Herrschaften sollten doch lieber in offener Fehde mit Stegerwald die Degen kreuzen, ihre Beschwerden vorbringen und dann sehen, daß ihre Interessenpolitik vor dem allgemeinen Wohl nicht bestehen kann.

Freie Diskussion ist zugesichert.

Wir glauben kaum, daß die Parole dieser Zentrumsgegner, zieht. Es ist vielmehr mit einem Massenbesuch zu rechnen. Daher sichere sich jeder durch frühzeitiges Erscheinen einen Platz. Heute abend heißt die Parole:

Auf zum Stegerwaldvortrag.

-r- **Olpe**, 4. April. Die gestrige **Stadtverordnetenversammlung** beschäftigte sich in kurzer Aussprache zunächst mit der Beschwerde des Stadtv. Rob. Mertens wegen Wortentziehung. Besonders wichtige Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Wir werden näher darüber berichten.

!! **Olpe**, 4. April. Durch den **neuen deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif** wird vom 15. April ab für die Nachlösung im Zuge ein besonderer **Zuschlag** von 0,50 Goldmark eingeführt. Demnach ist vom 15. April ab bei allen im Zuge ausgegebenen Fahrkarten für jede Person der besondere Zuschlag von 0,50 Goldmark zu erheben. Auch Kinder zahlen den vollen Betrag.

... **Olpe**, 4. April. **(Die neuen Schwurgerichte.)** Mit dem 31. März haben die Strafkammern an ... auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vorübergehend die Erledigung der Schwurgerichtssachen übertragen war, ihre Wirksamkeit beendet. Jetzt ... der die mit Laien besetzten Gerichte in ... zwar in Form der sogenannten neuen Schwurgerichte mit **drei Richtern und sechs Schöffen.**

Olpe, 4. April. **Ankunft der Schutzpolizei.** Durch Verfügung des Oberpräsidenten ist das Schutzkommando Witten nach Olpe verlegt. Ein Polizeifeldwebel mit 20 Wachtmeistern ist hier eingetroffen, um Quartiere zu machen. Die Beschlagnahme der höheren Stadtschule ist aufrecht erhalten. Gestern ist der **Umzug der höheren Stadtschule nach der Volksschule** erfolgt. Morgen wird die neue Stadtschule in ihrem neuen Heim den Unterricht aufnehmen. In 8 bis 10 Tagen ist mit der Ankunft des nach hier verlegten Kommandos, das ungefähr 130 Köpfe zählt, zu rechnen.

Man denke sich

im neuen Reichstag nur Sozialisten und Deutschvölkische! Wieviel Schattierungen, wie sehr Feuer und Wasser! Armes Vaterland, wenn diese auseinanderstrebenden Kräfte rechts und links den Wagen des Reiches ziehen sollten! Zusammenarbeit undenkbar! Wohl aber Agitationsreden, Prügelszenen und Kinderstubenbilder. Wer hat den Schaden? Das Vaterland! Deshalb jede Stimme der Mittelpartei des

Zentrums!

—o— **Drolshagen**, 4. April. Der kath. **Jungmännerchor** Drolshagen veranstaltete im Verein mit der Feuerwehrkapelle Olpe und der Jungmännerkapelle Frenkhausen am vergangenen Sonntag ein **Wohltätigkeitskonzert** für die armen Kommunionkinder, das trotz der Geldknappheit gut besucht war. Ein Wort des Lobes und des Dankes den vereinigten Musikkapellen, die in gütiger, edelmütiger Weise wiederum die Kunst in den Dienst der guten Sache stellten, indem sie unter bewährter Leitung des Kapellmeisters Wickmann sehr gut und passend ausgewählte Oechesterstücke von Gottlöver, Silcher, Baumann, Römisch und Gärtner vortrugen, die sich den prachtvollen Chören und Liedern in schöner Harmonie anpaßten und Anteil am Erfolge hatten. Die schönen Chöre mit ihren wechselvollen Stimmungen, ihrer flutenden Lebendigkeit lösten herzliche Beifallskundgebungen aus. Beim großen Doppelchor „Es muß doch Frühling werden" von Jos. Brambach mit seiner Frische und seinem Temperament zeigten Bässe und Tenöre ihre gute Schulung und Tonfülle. Ein Bravourstück des Jungmännerchores! Höchste Befriedigung der Zuhörer bewies der herzliche Beifall, der nicht enden wollte nach den Frühlingsbildern in Tanzform von Weinzierl. Das Stück eroberte sich im Sturm die Herzen der Sänger und Zuhörer, denn in der Maienwonne von Weinzierl ist ja alles köstlicher, musikalischer Wohllaut, reizvollste Melodik und bestrickendste Rhythmik. Mit den einfachsten Mitteln versteht Weinzierl Klangwirkungen hervorzubringen, die andere Komponisten unter Aufbietung aller musik-theoretischen Künste und Kunstkniffe nicht zu erzielen vermögen. Aus dem heiteren Teil der Vortragsfolge seien die beiden Quartette lobend genannt. Erwähnt werden möge auch noch, daß die Chöre „Mütterlein" und „Die Auswanderer" unter Leitung des neuen Chordirigenten Joh. Stahlhacke-Junkternhöh zum Vortrag gebracht wurden. Rückschauend auf den Abend wollen wir noch einmal sagen, daß alle unter dem Eindruck eines reinen, tiefen Kunsterlebnisses standen, für das wir den vereinigten Musikkapellen und dem kath. Jungmännerchor Drolshagen den wärmsten Dank zollen.

—::— **Welschenennest**, 4. April. Am 30. März **starb im Personenzuge** 1248 **während der Fahrt zwischen Welschenennest und Kreuztal der Reisende** Stellmacher Franz Lütteke aus Eiserfeld am **Herzschlage.** Am gleichen Tage erlitt der **Kraftwagenführer Georg Kühn** aus Hilchenbach im Personenzuge 745 während der Fahrt zwischen Hilchenbach und Vormwald einen **Schlaganfall** und verschied nach wenigen Minuten.

Provinzielles.

* **Niederschbach (Sieg)**, 3. April. Unsere Pfarrei setzt sich hauptsächlich aus Arbeiterfamilien zusammen. Ihre Beträge haben es ermöglicht, daß in den letzten Jahren in unserer herrlichen romanischen Kirche eine Orgel aufgestellt und die Kirche ausgemalt werden konnte. Neuerdings sind anläßlich des silbernen Jubiläums von Pfarrer Lenz **11 000 Mark für neue Glocken** gezeichnet worden.

* **Cochem**, 3. April. Am 3. d. M. begeht die hiesige **Höhere Stadtschule** die Feier ihres 25-jährigen Bestehens. Die Anstalt ist eine sogenannte Lektoratschule mit gymnasialen und realgymnasialen Kursen bis Untersekunda einschließlich. Der Ausbau zum Progymnasium ist von Stadt- und Kreisvertretung beschlossen und in Berlin beantragt.

Wirtschaftsteil.

Steigerung der Reichsindexziffer.

WTB Berlin, 3. April. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, 31. März, wie in der Vorwoche auf das 1,07-billionenfache der Vorkriegszeit. Auch für den Durchschnitt des Monats März berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1,07-billionenfache. Gegenüber dem 1,04-billionenfachen im Durchschnitt des Monats Februar ergibt sich eine Steigerung um 2,9 vom Hundert. Die Ernährungskosten allein betragen im Durchschnitt des Monats März das 1,20-billionenfache der Vorkriegszeit. Vom laufenden Monat ab wird die Preisfestsetzung wieder Mittwochs vorgenommen. Die Reichsindexziffer wird Samstags früh öffentlicht.

Die gewerbliche Verwendung von Inlandszucker freigegeben.

WTB Berlin, 2. April. Durch eine Verordnung wird, wie bereits gemeldet, der Bezug und die Verwendung von Inlandszucker zur gewerblichen Verarbeitung freigegeben. Die Verordnung tritt am 15. April 1924 in Kraft.

Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer.

WTB Berlin, 3. April. (Drahtb.) Mit Wirkung vom 7. 4. tritt gleichzeitig mit der Herabsetzung der Bankprovision eine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer der Aktionäre und auf Obligationen in Kraft Die Steuer beträgt künftig 1,5 Prozent für Kündigungsgeschäfte und 0,4 Prozent für Händlergeschäfte, bei Balutaabschlagen der deutschen Länder und Gemeinden 1,2 Prozent.

Bankenzusammenbrüche.

WTB Berlin, 3. April. Wie an der heutigen Börse bekannt wurde, hat die Berliner Kleinbankfirma **Hans Liebhardt** ihre Zahlungen eingestellt. Außerdem werden aus **Düsseldorf** die Zahlungseinstellung einer dortigen **Großbankfirma**, die erst vor einigen Jahren gegründet wurde und die Zahlungsschwierigkeiten weiterer Firmen gemeldet.

Frankfurt, 3. April. Wie die „Frankf. Ztg." erfährt, hat die Hansabank A.-G. in Frankfurt a. M. sich genötigt gesehen, die Geschäftsaufsicht zu beantragen. Durch unberechtigte geschäftliche Maßnahmen des Leiters der Offenbacher Filiale, der weit über seine Befugnisse zahlreichen Industriellen in Offenbach Kredite gewährte, ist bei der Offenbacher Filiale und damit bei dem Gesamtinstitut eine so starke Inliauidität eingetreten, daß die aktive Weiterführung der Geschäfte gegenwärtig nicht mehr in Betracht kommt.

Aus der Eisenindustrie.

WTB Düsseldorf, 2. April. Die früher im deutschen Stahlbund vereinigten Werke kamen am 1. April zu einer zwanglosen Aussprache zusammen, in der die gegenwärtige Marktlage erörtert wurde. Die Besprechungen ergaben, daß die Werke allgemein zurzeit gut beschäftigt sind, wenn auch in einzelnen Zweigen der Auftragseingang zu wünschen übrig läßt. Einheitliche Richtpreise, die früher üblich waren, wurden nicht festgesetzt. Ebensowenig wurden sonstige Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefaßt. Bei den Siegerländer Werken bestehen nach wie vor besondere Schwierigkeiten. Die Wiederinbetriebsetzung der stillgelegten Abteilungen erfolgt nur ganz allmählich trotz der inzwischen eingetretenen Preisbesserung.

Vermischtes.

Ein Ausbruch des Stromboli.

)(**Rom**, 3. April. Ein Ausbruch des Stromboli (im Meere zwischen Sizilien und Unteritalien), der in der Nacht vom 28. zum 29. März begann, noch ehe die Naturkatastrophe von Amalfi ganz beendet war, hat große Dimensionen angenommen, und unter der Bevölkerung des umliegenden Bezirkes zu ernsten Katastrophen geführt. Hunderte von Bewohnern der Insel Stromboli sind auf Boote gestiehen. Durch Felssteine, die von dem Vulkan ausgeworfen wurden, sind 15 Personen verletzt worden. Die Tragweite des Ausbruches wird sich erst übersehen lassen, wenn die dicken Rauchschwaden, welche die heiße Lava verbreitet, verschwunden sind.

Eine Brückenkatastrophe.

Zwischen Sevilla und Algaba ist eine **Brücke eingestürzt.** Die Brücke war eigentlich wegen des Hochwassers des Guadalquivir für den Verkehr gesperrt. Trotzdem ließ der Brückenwächter einen schweren **Autobus** mit etwa 100 Personen über die Brücke fahren. Diese begann plötzlich zu wanken und brach zusammen. **30 Tote und 50 Schwerverletzte** wurden geborgen, doch ist die Zahl der Umgekommenen erheblich höher.

Eine Theaterkatastrophe.

WTB Mexiko, 3. April. Bei dem Brand des Lichtspieltheaters in der Vorstadt Tacuba wurden 25 Personen getötet und 56 verletzt. Die Mehrzahl der Verunglückten wurde durch den elektrischen Strom getötet, da mehrere elektrische Drähte sich von der Decke loslösten und auf die Zuschauer herabstürzten.

10 000 Dollar geraubt.

WTB Montreal, 3. April. Zwei Kassenboten wurden in einer der verkehrsreichsten Straßen von acht Räubern überfallen und einer Summe von 10 000 Dollar beraubt. Einer der Boten wurde bei dem Ueberfall getötet, der andere verletzt. Die Räuber sind entkommen.

Unterstützt die Volksküche!

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. X. Bingenberg, Olpe. Hauptschriftleitung: Dr. phil. Albert Wend. Verantwortlich für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teil: Dr. Wend. für den örtlichen und provinziellen Teil und Feuilleton: Paul Fischer, beide in Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Kraus, Berlin-Schöneberg.

Bekanntmachung.

Gemäß § 188 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 in Verbindung mit § 11 des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Landwirt Karl Wurm in Maiwormshammer bei Listernohl die Eintragung des ausschließlichen Fischereirechts für den Abfall und Hammer-(Untergaben), soweit diese Gräben innerhalb seiner Grundstücke liegen, beantragt hat.

Die Antrag mit Zeichnungen und sonstigen Unterlagen liegt auf dem Amte in Attendorn während der Dienststunden in der unten bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Widersprüche gegen die Eintragung des Rechtes sind bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß als Wasserbuchbehörde schriftlich in zwei Ausfertigungen oder zu Protokoll in der Zeit vom 4. April bis 4. Mai 1924 anzubringen.

Nach Ablauf der Frist wird die Eintragung des Rechtes mit der Wirkung erfolgen, daß sie gegenüber denjenigen, die innerhalb der Frist keinen Widerspruch erhoben haben, bis zum Beweise des Gegenteils als richtig gilt, soweit sie nicht mit dem Grundbuch im Widerspruch steht.

Arnsberg, den 24. März 1924.

Der Bezirksausschuß. Abteilung 1 Wasserbuchbehörde.

B. B. C. 11 10/24
5

Ausschneiden und aufbewahren!

Die Amts-Sparkasse Serkenrode

ist von Serkenrode mit ihrem Hauptsitz

nach Finnentrop verlegt

und führt jetzt die Bezeichnung:

Sparkasse des Amtes Serkenrode in Finnentrop.

Einzahlungen und Ueberweisungen können erfolgen auf unser:

Landesbankkonto in Münster,
Reichsbankgirokonto Siegen,
oder Postscheckkonto Dortmund Nr. 31520
Telefonanschluß Nr. 250 Amt Grevenbrück Westf.

Der Sparkassen-Vorstand.



Prima Solinger Stahlwaren.

Spezialität:

Rasiermesser Rasierutensilien
Haarschneidemaschinen
Haarschneidescheren, Schneiderscheren, Taschenmesser.

Annahme sämtlicher Schleifartikel unter Garantie für tadellosen Schnitt.

Gebrüder Clemens, Olpe

Martinstrasse 18. (w121

Fichtenstangen aller Klassen, Eichen- und Nadelgrubenholz,

insbesondere auch Spitzenknüppel

Betonstützen und Gerüststangen

in großen und kleinen Posten gegen Barzahlung zu kaufen gesucht.

Josef Dettenberg, Holzhandlung.

Attendorndem.

Fernsprecher Amt Kirchhundem Nr. 103.

Moderne

WERKSTATT

FÜR

AUTOMOBILE, MOTORRAEDER u. FAHRRAEDER

Heinr. Clemens,

OLPE i. W.

Winterbergstr 4. Telefon 272.

Großer Verkauf

von

Schuhwaren!

Wegen Umbau zur Geschäftsvergrösserung verkaufe ich meine Schuhwaren trotz der eingetretenen Preissteigerung

zu den alten billigen Preisen.

Gottfried Jenne : : Olpe

neben dem Rathaus.

[†1834]

Bei jeder Wäsche

ist das vorherige Einweichen von größtem Wert. Gutes Einweichen in halbes Waschen! Es wirkt schmutzlösend und zeitsparend und verbürgt sparsamsten Verbrauch des Waschmittels.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda ist das seit Jahrzehnten bewährte unübertroffene Einweichmittel. Zu einem wirtschaftlichen Waschen ist es bei jedem Waschverfahren

unerläßlich!

T-Träger

für Bauzwecke in allen Profilen und Abmessungen liefern. [8925

Broegger & Günther,

Eisengroßhandel, Finnentrop i. Westf.

Erhalte in den nächsten Tagen mehrere Waggon [†1033

Kartoffeln

und gebe dieselben zu billigem Preise ab.

Joseph Bender, Gerlingen.

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ∅ dauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hanses, Holzgeschäft,

Räuperwerk b. Oberhundem i. W.

Siegerländer Blechwarenfabrik und Verzinkerei sucht

jungen Kaufmann

gewandt und zuverlässig, mit Branchekenntnissen, zum alsbaldigen Eintritt.

Angebote erbeten unter C. Z. 1031 an die Ann.-Exped. Büscher & Sarx G. m. b. H., Siegen i. W.

Ich suche fortlaufend zu kaufen:

Eichen- und Nadel-Grubenholz

oder dazu geeignete **Bestände**

sowie

Eichenscheiden und Schwellen

und erbitte Angebote.

Wilh. Rinscheid, Grubenholzhandlg.

Attendorn i. Westf.

Fernsprecher 59.

†1977

Clemens Gross,

Maschinenhandlung

Spezialgeschäft in

Zentrifugen, Nähmaschinen, Fahrrädern sowie landwirtschaftlichen Maschinen aller Art.

sämtliche Ersatzteile und Reparaturen zu äusserst billig. Preisen

Attendorn i. Westf.,

Fernsprecher Nr. 92.

Gemütliches

möbliertes Zimmer

(mit oder ohne Morgenkaffee) von Akademiker gesucht. Zeitgem. Miete. Gefl. schriftl. Angebote unter Nr. 2000 an die Geschäftsst. ds. Bls.

Hat möbl. Zimmer

von Kaufmann gesucht. Gefl. Angeb. unt. Nr †1042 an die Exped. ds. Bls.

Biete an in Lüdenscheid eine

Wohnung,

4 Zimmer, Keller, Waschküche und Gartenland, suche

Tauschwohnung

in Olpe gleichen oder ähnlichen Umfangs.

Möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension gesucht.

Schriftliche Offerten unter Nr †1002 an Geschäftsst. ds. Bls.

Junges

Mädchen

für die Schreibmaschine

(keine Anfängerin) gesucht. [†1025]

Karl Ursell,

Attendorn.

Tüchtiges, braves

Dienstmädchen

für sofort oder nächste Zeit bei gutem Lohn gesucht. [†1040]

Frau Fabrikant A. Steins, Letmathe.

Suche zum 1. Mai ein braves, zuverlässiges, kinderliebes

Mädchen

oder einfaches Fräulein zu mehreren Kindern. Küchenmädchen u. Hausmädchen vorhanden.

Angebote und Zeugnisabschriften an

Frau Fabrikbesitzer Grüter,

Finnentrop i. W. zu richten.

Ein älteres

Mädchen

zur Stütze der Hausfrau auf sofort gesucht.

Frau Joh. Schneider

Olpe, am Feuerwehrturm.

Kaiserhof-Lichtspiele Olpe.

Samstag, den 5. u. Sonntag den 6. 4.

Nur 2 Tage.

Zwei Weltschlager die an Schönheit sich gegenseitig übertreffen.

Ganz hervorragend ist der durch wundervolle Naturaufnahmen unterstützte Film

Das Wirtshaus im Spessart

(Das kalte Herz).

Ein Film aus deutschem Bergwald in 7 prachtvollen Akten nach Motiven von Wilhelm Hauff.

Santa Maria

Das Geheimnis einer Brigg

in einem Vorspiel und 5 Akten.

Hauptrolle:

Michael Bohnen,

allen bekannt als Konsul Madsen aus

Die Herrin der Welt.

Anfang: Samstag u. Sonntag abend 8½ Uhr, Sonntag nachmittag 4½ Uhr.

Da bei diesem Programm ein starker Andrang bevorsteht, wolle man bitte die Samstags- u. Sonntagsabends-Vorführung besuchen.

Unsere neue Hauskapelle:

Klavier, Geige u. Cello.

(†1038)

Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines prächtigen

Jungborn

Mädchens

zeigen hocherfreut an

Paul Kemper und Frau

Maria geb. Schmitz-Hübsch

Olpe, den 3. April 1924.

Gemischter Chor.

Oeffentliche Generalprobe

zu der Aufführung der „Jahreszeiten"

am Sonntag, dem 6. dss. Mts., vorm. 9½ Uhr,

im Schwanensaale. Eintrittspreis 1,50 M.

Ausgabe der bestellten Karten der aktiven und inaktiven Mitglieder am Freitag, dem 4. d. M., nachm. von 5—7 Uhr in der Wohnung von Dr. Neuhäuser gegen Bezahlung.

Für Ostern!

Sämtliche

Schulbücher
Schulhefte
Schulartikel

vorrätig.

Ruegenberg'sche Buchhandlung,

Olpe, { Frankfurterstrasse 16 / Bahnhofstrasse 3.

Kontorist,

mit allen vorkommenden Büroarbeiten und Buchhaltung vertraut, wird zum 1. Mai nach Olpe gesucht.

Zeugnis-Abschriften unter Nr. 1026 an die Geschäftsstelle dss. Bls erbeten.

Jugendl.

Arbeiter

gesucht.

Heller & Köster

Olpe.

Gemeinde Stachelau sucht einen zuverlässigen

Hirten.

Hund vorhanden. Auskunft bei

Ortsvorst. Sondermann.

Hütejungen und Arbeitsburschen

auch angelernte bis zu 20 Jahren, können kath. Landwirten vermittelt werden durch den Kath. Männer-Fürsorgeverein Dortmund, Mühlenstraße 2a. Für Auslagen bitte 1,— M. beizufügen.

Eichen-Knüppelholz

1,40 m lg. und 1,25 m lg 5—13 cm ∅ stark ständig zu kaufen gesucht

Ernst Burrs,

Holzhandlung

Letmathe i. Westf.

Fernruf Amt Hohenlimburg 188. w151

K. K. V.

Ju.-Abteilung Olpe.

Versammlung 8 Uhr

Düngekalk

empfiehlt ab Lager, per Ctr zu 1,— Mk., solange der Vorrat reicht [†1034]

Josef Bender,

Gerlingen.

Hôtel Kaiserhof Olpe.

Samstag und Sonntag

großes Konzert.

Samstag ab 8 Uhr und Sonntag ab 4 Uhr. †1038

Klavier, Geige u. Cello.

Grundstücke in Olpe od. Nähe

zu kaufen gesucht.

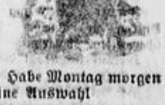
Angeb. unter †1027 an die Geschäftsstelle ds. Bls

Eine

tragende Kuh

ist umständehalber billig zu verkaufen.

Schriftliche Angebote unter †1017 an die Geschäftsst ds. Bls.



Habe Montag morgen eine Auswahl

schöner Schweine

an meinem Hause, dsgl. morgens 10 Uhr beim Gasthof Schürholz in Drolshagen.

Jos. Hengstebeck,

Olpe, Winterberg. 45.

Telef. 206. [†1037]

(†1032)

Wenn schon, denn schon Hausputz mit LUHNS Wasch-Extrakt und LUHNS Salmiak-Terp.-Seife